



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 05.11.2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (ZV KDRS) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 376/13
-------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat stimmt der geplanten Änderung der Satzung des ZV KDRS zu und ermächtigt Herrn Oberbürgermeister Werner Spec oder einen von ihm Bevollmächtigten als gesetzliche/n Vertreter der Stadt Ludwigsburg in der KDRS-Verbandsversammlung der geplanten Satzungsänderung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Mit Hinweis auf die Vorl. Nr. 376/13 eröffnet **OBM Spec** die Aussprache.

Für Stadtrat **Dr. Vierling** stelle sich die Frage, warum eine Anhebung der Wertgrenzen in dem seiner Meinung nach beträchtlichen Umfang erforderlich sei.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) verweist hierzu auf die Vorberatung der Satzungsänderung im Verwaltungsrat des Zweckverbandes. Die Gründe für die vorgesehene Anhebung ergeben sich vor allem aus der Absicht, die Zuständigkeit des Verwaltungsrates wieder zu stärken.

OBM Spec führt weiter aus, dass es durch die Euro-Umstellung zum einen und die Inflation zum anderen in den letzten Jahren zu einer schleichenden Verschiebung der Zuständigkeiten gekommen sei, die nun durch die Anpassung der Wertgrenzen wieder ausgeglichen werden solle.

Nach Ansicht von Stadtrat **Weiss** und Stadtrat **Dr. Vierling** werde durch die Änderung eher die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden und nicht die des Verwaltungsrates gestärkt, warum demnach die Formulierung in der Begründung falsch sei.

Die vorgesehene Erhöhung sei in der Tat beträchtlich und stelle mehr dar, als einen bloßen Inflationsausgleich, so auch Stadtrat **Kemmerle**.

Dem widersprechen OBM **Spec** und Herr **Nitzsche**, in dem sie deutlich machen, dass es sich um die erste Erhöhung innerhalb der letzten acht bis neun Jahre handle. Mit dieser schon seit langem überfälligen Anpassung müsse nicht nur die Inflation der letzten Jahre ausgeglichen werden sondern solle auch dafür gesorgt werden, die Entscheidungsprozesse zu vereinfachen.

Für Stadtrat **Müller** seien Maßnahmen zur Effizienzsteigerung auch in Verbänden grundsätzlich zu begrüßen. Wenn die Erhöhung der Wertgrenzen auch beträchtlich sei, so müsse diese doch immer auch im Zusammenhang mit dem Umfang der Aufgaben und der Verantwortung gesehen werden, die von diesen Positionen aus wahrzunehmen und zu erfüllen sei.

Nach einer kurzen Erläuterung des Entscheidungsfindungs- und Beschlussverfahrens in der Zweckverbandsversammlung ruft OBM **Spec** die Vorl. Nr. 376/13 zur Abstimmung auf.

TOP 2

Stellenentwicklungsplan 2014

Vorl.Nr. 368/13

Beratungsverlauf:

Der Bericht zum Stellenentwicklungsplan 2014 erfolgt durch Herrn **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) anhand der Vorl. Nr. 368/13. Dabei legt er die Veränderungen im Stellenplan zum Vorjahr dar und zeigt die Entwicklung der Personalausgaben auf. In seinen Ausführungen ergänzt er, dass in das Personalbedarfskonzept noch drei Stellen im Bereich des Kommunalen Ordnungsdienstes aufgenommen würden, die in der Vorlage bislang nicht enthalten seien. Die Beschlussfassung über den Personaletat sowie den Stellplan 2014 erfolge im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan.

OBM **Spec** unterstreicht die Dringlichkeit der Personalaufstockung beim Kommunalen Ordnungsdienst, dessen Präsenz dringend verstärkt werden müsse und eröffnet anschließend die Aussprache.

Stadträtin **Kopf** merkt an, dass die Darstellung zur Stellentwicklung sehr transparent und aussagekräftig sei. Sie erkundigt sich außerdem, wie es mit den bisher befristeten Arbeitsverhältnissen weitergehe und von welcher Stelle die Rede sei, wenn es um bisher nicht finanzierte Stellen gehe. Gut aufgearbeitet sei in der Vorlage die Stellenmehrung innerhalb der Verwaltung, die die Entwicklung zum Ganztagesbetrieb im Bereich Erziehung und Bildung mit sich bringe.

Nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Bohn** sei die Zusammenstellung übersichtlich und zeige deutlich, wo die Schwerpunkte lägen. Die Aufstockung im Bereich der Grünpflege werde begrüßt und die zusätzlichen Stellen im Bereich Erziehung und Bildung seien unbedingt notwendig.

Der Saldo des Stellenplans entspräche dem in der Klausur bereits angekündigten, so Stadtrat **Weiss**. Daher sei die Stellenmehrung im Bereich Erziehung und Bildung vorauszusehen gewesen,

anders als vielleicht in anderen Bereichen, so zum Beispiel die Entfristung der Stelle des Klimaschutzbeauftragten.

Die Entwicklung des Stellenplans sei nach Auffassung von Stadtrat **Dr. Vierling** in Abhängigkeit zur Entwicklung der Personalausgaben zu sehen. Um die Stellenentwicklung als solche aber besser nachvollziehen zu können, bittet er darum, künftig nicht nur das Vorjahr, sondern die Entwicklung der letzten drei bis vier Jahr aufgezeigt zu bekommen. Von Vorteil wäre es darüber hinaus, diese Entwicklung einmal mit dem Bereich Bildung und Erziehung und einmal ohne diesen Bereich darzustellen. So könne deutlicher gesehen werden, inwieweit die Konsolidierungsmaßnahmen vollzogen würden. Darüber hinaus erkundigt er sich nach der Bedeutung des Projekts der zentralen Vergabestelle, nach der Stelle Kreativwirtschaft im Referat Nachhaltige Stadtentwicklung und nach den rückläufigen Fallzahlen im Vermessungswesen, die doch eigentlich freiwerdende Personalkapazität zur Folge haben müssten.

Als nicht ganz so klar und übersichtlich bezeichnet Stadtrat **Müller** die Darstellung der Stellenplans und der Stellenentwicklung. Unklar sei zum Beispiel, ob etwa der Mehrbedarf der Technischen Dienste Ludwigsburg dauerhaft oder einmalig sei, was der Begriff „stellenplanrelevant“ bedeute und was konkret hinter den eingeplanten Einsparungen stecke.

Für Stadtrat **Kemmerle** sei der Anstieg im Stellenplan nicht gleichzeitig mit der vorausgesagten pauschalen Kürzung zu vereinbaren. Er bemängelt, dass die zusätzlichen Stellen im Bereich der Reinigungskräfte für zusätzliche Aufgaben und nicht zur Entlastung des vorhandenen Personals eingeplant seien und erkundigt sich, ob es Stellen gebe, die mehrfach befristet seien.

Nachfolgend beantworten Herr **Nitzsche** und Herr **Heß** (FB Organisation und Verwaltung) die Fragen aus der Mitte des Gemeinderates. Dabei erläutern sie unter anderem die unterschiedlichen Gründe, die es für die Befristung einer Stelle gebe und die vor allem bei der Inanspruchnahme von Elternzeit auch mehrfach erfolge. Weiter werden die Gründe dafür genannt, warum der Ausbau im Bereich Bildung und Erziehung auch eine Stellenmehrung in der Verwaltung zur Folge habe. Sie gehen darauf ein, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers entfristet werde, da der Bedarf dauerhaft sei und begründen die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle, die es ermögliche, das erforderliche Fachwissen zu sammeln. Weiter definieren sie den Begriff der Stellenplanrelevanz und weisen darauf hin, dass sich die eingeplante pauschale Kürzung der Personalausgaben nicht aus Stelleneinsparungen oder Reduzierungen sondern aus der zu erwartenden Fluktuation ergebe. Aufgrund der steigenden Anforderungen im Bereich der Wirtschaftsförderung sei beim Referat Nachhaltige Stadtentwicklung an eine Aufstockung gedacht und der Mehrbedarf bei den Technischen Werken Ludwigsburg resultiere aus den Auswirkungen der Witterung, denen bisher nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei.

Mit der Zusage, auf den Stellenentwicklungsplan 2014 noch einmal im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eventuell auf Grundlage einer noch detaillierteren Übersicht einzugehen, schließt OBM **Spec** die Aussprache.

TOP 3

Kündigung der Mitgliedschaft bei der
Wohnbaugenossenschaft Ludwigsburg e.G.
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 380/13

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Ludwigsburg kündigt ihre Mitgliedschaft in der Wohnungsbaugenossenschaft Ludwigsburg e.G. zum 31.12.2013.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Auf Nachfrage von OBM Spec werden seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, so dass er die Vorl. Nr. 380/13 zur Abstimmung aufruft.